



*Bund sozialdemokratischer Akademiker/innen,
Intellektueller & Künstler/innen*

Europäische Energiepolitik Positionen und Maßnahmenvorschläge

Version 1.1
Stand: 9.9.2007

EU Arbeitsgruppe Energie
Koordination: Karl Gruber

Europäische Energiepolitik

Positionen und Maßnahmenvorschläge

Zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Energiequellenmix

- Aktive Politik zum stufenweisen Ausstieg aus dem Einsatz fossiler Energieträger
- Förderung erneuerbarer Energieträger durch Anreize im Steuersystem nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) der Bundesrepublik Deutschland und durch die Förderung regionaler autarker Energiesysteme
- Ankurbelung der Forschungstätigkeit im Bereich Erneuerbare Energie durch Steigerung der Forschungsförderung
- Ganzheitliche wirtschaftliche und ökologische Bewertung der Weiterentwicklung des europäischen Energiesystems im Rahmen von Lebenszyklusbilanzen
- Zur Zielerreichung ist die effiziente Ausschöpfung aller in Europa verfügbaren Potentiale an erneuerbaren Energieträgern unter Berücksichtigung des regionalen Umfelds unerlässlich
- Forcierung des Ausbaues von Wasser- und Windkraftwerken, da dies die kostengünstigsten Formen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom sind, sowie großflächiger Einstieg in die Photovoltaik
- Schaffung der politischen Voraussetzungen für die Umsetzung machbarer Projekte unter Einbeziehung der Bevölkerung (wie bei der Volksbefragung zum Kraftwerk Freudenu), um ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen nicht an Partikularinteressen scheitern zu lassen.

Zur Steigerung der Umwandlungseffizienzen im Energiesystem

- Bildungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit
- Ausbau der öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsverbünde, Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene und vorhandene Wasserwege
- Altbausanierung mit Mindestanforderungen
- Ausbau der gekoppelten Produktion von Wärme und Strom im großtechnischen Maßstab (Fernwärmeversorgung, Produktionsprozesse) und im Haushaltsbereich (ländliche Regionen)
- Weiterentwicklung von Baustoffen für die Steigerung thermischer Standards
- Ausnutzung des Effizienzpotentials des elektrifizierten Verkehrs
- Eine aktive Energie-Außenpolitik, um durch Technologietransfer (und entsprechende Anlagenlieferungen) auch die Umwandlungseffizienz anderer wichtiger Energieverbraucher zu steigern (China, Indien, USA), nicht zuletzt um auch Arbeitsplatzverluste ausgleichen zu können
- Erarbeitung globaler Effizienzrichtlinien
- Maßnahmen zur Verminderung des Stand-by Betriebs von Elektrogeräten
- Erhöhung der Effizienz bei allen Fahrzeugantrieben (Hybridantriebe, Elektrofahrzeuge)
- Erhöhung der Effizienz industrieller Prozesse
- Forschungsförderung
- Wo möglich, soll die stoffliche Verwertung vor energetischer Verwertung Vorrang haben (z.B. bei Prozessen für die Herstellung von Bio-Kraftstoffen)

Diese Punkte stehen (soweit ich das beurteilen kann) ebenfalls im Einklang mit dem Grünbuch

Zur Versorgungssicherheit

- Investitionsanreize für Maßnahmen im Bereich Infrastruktur
- Adaptierung der Stromnetze an die geänderten Bedingungen (liberalisierter Energiemarkt, Ökostromanlagen); Adaptierung des Systems der staatlich regulierten Netznutzungstarife, um eine Optimierung der Gesamtkosten des Energiesystems zu ermöglichen (anstatt wie derzeit eine Optimierung der Erzeugungskosten der Kraftwerke)
- Erhaltung und Ausbau des elektrifizierten öffentlichen Verkehrs zur Absicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Mobilitätsdienstleistungen
- Infrastruktur für Stromerzeugung und –verteilung mehrheitlich in der öffentlichen Hand behalten, um der Profitgier des Neokapitalismus wirkungsvoll entgegen zu wirken und dadurch die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Zur Energiepolitik und zum Energierecht

Energiepolitik

- Der Staat hat seine Verantwortung für die Energiepolitik im Rahmen einer leistbaren Daseinsvorsorge wahrzunehmen
- Gesamtwirtschaftliche Sicht in der Energiepolitik als Ergänzung und Ausgleich zur betriebswirtschaftlichen Optimierung der Energieversorger

Energierecht

- Verkürzung von Genehmigungsverfahren durch Standardisierung
- Aktive Raumordnungspolitik mit dem Ziel verkürzter Pendlerwege, Berücksichtigung von Energieeffizienzpotentialen in der Raumordnung
- Anpassung und Änderung der Bauordnungen, Steigerung der energetischen Mindeststandards
- Verpflichtung zur Verwendung erneuerbarer Energieträger
- Das Prinzip der Kostenwahrheit und die Abstimmung von Tarifsystemen auf die Entscheidungsmöglichkeiten der Verbraucher sind zu forcieren